

## Standpunkte 2009.



**UNSER ANSPRUCH:  
POLITIK MIT PERSPEKTIVE.**

**Jus**  
im Kreis Verden

n beschlossen am 12.12.2008 in Achim n

## **EINLEITUNG**

---

Als Teil der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands leiten wir unser Selbstverständnis aus den historisch gewachsenen Grundsätzen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Wir stehen für eine „Politik mit Perspektive“, eine sozial gerechte, leistungsorientierte Politik, die Leistungsträger und Leistungsempfänger gleichermaßen fordert und fördert.

Wir ordnen uns in der Mitte unserer Gesellschaft ein, ohne dabei das wichtigste Handlungsfeld sozialdemokratischer Politik aus den Augen zu verlieren: Das Bekämpfen sozialer Ungerechtigkeit und Armut.

Uns ist es wichtig, den Herausforderungen unserer Zeit mit klaren Konzepten und realistischer, praxisnaher sowie nachhaltiger Politik zu begegnen.

Mit politischem Handeln ist immer eine zu Grunde liegende Philosophie verbunden. Doch politische und vor allem soziale Erfolge lassen sich aus unserer Sicht nicht allein durch das Aufstellen theoretischer und dogmatischer Annahmen erzielen. Vielmehr müssen konkrete Lösungsansätze auf die heutige Welt abgestimmt werden.

Soziale Politik muss sich an ihren Ergebnissen messen lassen, nicht an ihren Theorien!

Wir sind davon überzeugt, dass eine Verbindung zwischen sozialen Kompetenzen unserer Mutterpartei mit neuen pragmatischen wirtschaftlichen Ansätzen eine Politik ermöglicht, die die Kommunen, den Landkreis, das Land Niedersachsen und die Bundesrepublik weiterentwickelt und Zukunft für junge Menschen gestaltet.

Aus diesem Grundverständnis haben wir unsere Arbeitsprogramm „STANDPUNKTE 2009 - Unser Anspruch: Politik mit Perspektive“ abgeleitet. Daher war es uns nicht nur wichtig, grundsätzliche Positionen in verschiedenen Politikfeldern aufzuzeigen, sondern auch konkrete Forderungen zu stellen. Sie sind für uns die Grundlage dafür, die besten Vertreter jugendlicher Interessen im Landkreis Verden zu sein. Diesen Anspruch werden wir von nun an verstärkt in die Öffentlichkeit hinaus tragen.

Die Jusos im Kreis Verden.

## **INHALTLICHE POSITIONIERUNG**

---

### **1. BILDUNGSPOLITIK**

Wir stehen für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle. Unsere Gesellschaft darf sich keine gescheiterten Bildungsbiographien mehr leisten. Eine gut ausgebildete Wissensgesellschaft ist unsere Antwort auf Arbeitsplatzabbau und Globalisierung. Um langfristig Arbeitsplätze und Existenzen zu sichern, fordern wir, die Jusos im Landkreis Verden, die Bundesrepublik Deutschland zur führenden Forschungs- und Bildungsnation auszubauen.

Die Bildungspolitik der CDU-geführten Landesregierung Niedersachsens ist unsozial. Wir verurteilen die Abschaffung der Lernmittelfreiheit und das sture Beharren auf dem dreigliedrigen Schulsystem. Mit der Einführung der Studiengebühren haben sich Chancen für Jugendliche aus Haushalten mit schwachem Einkommen verschlechtert. Das Bildungssystem der Wulff-Regierung ist nur noch in eine Richtung durchlässig: Von oben nach unten.

Wie auch die niedersächsische SPD (Konzeptpapier „Zukunft der Bildung“) fordern wir die „Gemeinsame Schule“, die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit sowie ein sofortiges Ende der Studiengebühren. Nur so haben alle Schülerinnen und Schüler jeglicher sozialer Herkunft die gleichen Chancen.

Auch in unserem Landkreis wird strikt an der Dreigliedrigkeit im Schulsystem festgehalten. Andere Schulformen, die sich in internationalen Vergleichstests bewährt haben, sind nicht zu finden. Kinder finanziell leistungsstarker Eltern stehen im Vordergrund, sozial Schwache sind meist stark benachteiligt. Dies zeugt von einem konservativen und zurückgebliebenen Denken. Im Landkreis Verden müssen Schularten aufgestellt werden, die für eine moderne und soziale Bildungspolitik sprechen! Dazu gehört auch, die Hauptschulen als „Abstellgleis“ für hunderte benachteiligte Jugendliche abzuschaffen.

Unsere Schülerinnen und Schüler müssen besser auf das Berufsleben vorbereitet werden, zum Beispiel durch mehr Schülerpraktika. Nur so können wir lückenhaften Berufsbiographien entgegenwirken.

Die Schulen im Landkreis Verden müssen eine Vorreiterrolle einnehmen, um Alternativen aufzuzeigen. So können wir demonstrieren, dass nur sozialdemokratische Bildungspolitik der richtige Weg ist.

Gerade im Hinblick auf rechtsextreme Ausuferungen in unserer Region sollte auch die politische Bildung wieder mehr gefördert werden. Wenn die Landesregierung das Fach Politik beziehungsweise „PoWi“ in den Hintergrund rückt um naturwissenschaftlichen Fächern mehr Freiraum zu geben, sollte sich gerade unser Landkreis dem entgegenstellen. Auf lokaler Ebene sollte das Ehrenamt finanziell gestärkt werden, um politische Aktivitäten Jugendlicher zu fördern und diese in den Schulalltag einzubinden.

Denn eins sollte klar sein: Fremdenfeindlichkeit ist ein Zeichen misslungener Bildung und verfehlter Bildungspolitik.

## 2. ARBEIT & AUSBILDUNG

Eine gute Arbeitspolitik ist für uns die Gesamtheit aller Maßnahmen, für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, Arbeitsplätze zu sichern und Beschäftigungschancen für Arbeitssuchende zu erhöhen.

Um gute und gerechte Arbeit zu ermöglichen, sind pragmatische und undogmatische Lösungen notwendig. Formen des Sozialismus und vor allem des Kapitalismus stellen für uns keine zufriedenstellenden Antworten auf eine ungerechte und unsoziale Arbeitswelt dar.

Politik setzt dort an, wo wir durch Erfahrung und Engagement verbesserte Arbeitssituationen erwirken können. Für uns steht der Mensch mit seiner Arbeit im Mittelpunkt.

Darum treten wir folgendes ein:

### ARBEITSBEDINGUNGEN

- Guter Lohn für gute Arbeit.
- Maximalen Arbeitsschutz für jeden Arbeitnehmer.
- Familienverträgliche Arbeitszeitmodelle.
- Gerechte Entlohnung für gute Arbeit zur Sicherung der individuellen Lebensgrundlage und Kaufkraft.
- Ethisches Wirtschaften ohne Ausbeutung/ Diskriminierung von Frauen oder Minderheiten.

### ARBEITSPLATZSICHERUNG

- Langfristige Arbeitsverträge für mehr Sicherheit in der individuellen Lebensplanung.
- Ausbau des Qualitätsmerkmals „Made in Germany“.
- Ausbau Deutschlands zur führenden Forschungsation.
- Höchstmögliche Qualifikation der Arbeitnehmer.
- Eingrenzung des Subventionsnomadentums.
- Kontinuierlicher Ausbau der Infrastruktur.
- Förderung des Mittelstandes und lokalen Strukturen.
- Zuwanderung gering qualifizierter Arbeitskräfte eingrenzen.
- Erweiterung der Arbeitslosenversicherung für Weiterbildungskonten.

### BESCHÄFTIGUNGSSCHANCEN

- Bestmögliche Bildung für Schüler, Auszubildende und Studierende.
- Einführung der Ausbildungsplatzumlage.
- Verbot der Ausbeutung von Praktikanten und Auszubildenden als billige Arbeitskräfte.
- Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten.
- Generationengerechte soziale Beschäftigungsmodelle.

### 3. JUGEND, KULTUR & FREIZEIT

Jugendpolitik hat für uns einen hohen Stellenwert. Dieser Anspruch leitet sich nicht zuletzt aus unserer Überzeugung ab, dass wir Sprachrohr der jungen Generation in SPD und Bevölkerung sein möchten. Ideen, Wünschen und Kritik der Jugend muss mehr Raum als bislang geschaffen werden. Wir wollen Politikverdrossenheit bei jungen Menschen im Keim ersticken und zeigen, dass Politik auch Interessen Jugendlicher berücksichtigt. Die Einbindung junger Funktionäre bildet dabei einen wichtigen Grundstein.

Um politische Aktivitäten der jüngeren Generation zu unterstützen und Vertrauen in die Politik aufzubauen, müssen wir viele Problempunkte aufgreifen und beseitigen.

Auf der einen Seite sollten mehr nicht-staatlich organisierte Jugendeinrichtungen als Alternative zu kaum besuchten Jugendzentren finanzielle Zuschüsse erhalten. Andererseits müssen wir uns mit den bestehenden Zentren intensiver beschäftigen. Wer Jugendeinrichtungen nur als unrentable Einrichtungen ansieht, irrt. Genau das Gegenteil ist der Fall: Es muss mehr Geld in jugendkulturellen Begegnungsstätten gesteckt werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass zwar Modelle wie die Selbstverwaltung immer auch das Verantwortungsbewusstsein der daran teilhabenden Jugendlichen stärken. Jedoch muss eine Verbreiterung des kulturellen Angebots eines Jugendzentrums immer zielgerichtet alle Interessensgruppen der jüngeren Bevölkerung ansprechen. Nur so ist eine Legitimation der Jugendzentren und der damit verbundenen kulturell-politischen Aktivitäten möglich.

Kulturgüter müssen vermehrt in die Freizeit der Jugendlichen eingebunden werden. Ein Beispiel: Durch Erhalt und Förderung der plattdeutschen Sprache, etwa mit Lesewettbewerben an Schulen, können gleich zwei Faktoren miteinander verknüpft werden. Neben dem Fördern einer lokalen Identität als Grundlage individueller Entfaltung, fördert dies gleichwohl das Erhalten von Kulturgut.

Bei der Freizeitplanung von Jugendlichen wird ein anderes Thema ebenso kaum beachtet: Die Mobilität.

Viele Funktionäre versuchen gleich zuhauf, ökologische und moralische Gesichtspunkte in ihrem politischen Handeln umzusetzen. Doch wenn es um den öffentlichen Personennahverkehr geht, scheint dies jedoch nicht zu funktionieren. Schülerinnen und Schüler sollen sich in betagte Busse zwängen, deren Kapazitätsgrenzen längst erreicht sind. Die Bemühungen, Mängel im Schülertransport zu beheben, waren bislang absolut nicht ausreichend. Ganz im Gegenteil: Hier hat die Politik auf ganzer Linie versagt!

Ähnlich gestaltet es sich mit den Taktzeiten der Busverbindungen am Wochenende sowie in der Nacht; vor allem im ländlichen Raum. Ein besseres ÖPNV-Angebot in Richtung des Zweistädte-Staats Bremen, der Verdener und Achimer Innenstadt, dem Weserpark und Treffpunkten wie etwa der Discothek Capitol in Oyten würden nicht nur die Verkehrssituation beruhigen. Die Unfallquote von Fahranfängern, die nach Diskothek-Besuchen häufig angetrunken oder schlaftrunken sind, könnte erheblich sinken.

Nur durch Investitionen in diese Gebiete sind Verbesserungen zu erreichen!

## 4. WIRTSCHAFT

Ohne eine grundsolide Wirtschaft ist keine soziale Politik gestaltunfähig. Wir begreifen daher die Wirtschaft nicht als sozialen Gegenspieler, sondern als Partner, den wir mit in die Verantwortung einbinden und auch fördern.

Um eine sozial gerechte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen orientiert sich unsere Wirtschaftspolitik an sechs wesentlichen Punkten:

- hoher Beschäftigungsstand
- Preisstabilität
- Wirtschaftswachstum
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Verteilungsgerechtigkeit
- Umweltschutz

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir uns von Ideologien, Einzelinteressen und Tagespolitik loslösen und unserem Handeln eine pragmatische und realistische Wirtschaftspolitik zu Grunde legen. Wir stehen für das Leistungsprinzip, die soziale Marktwirtschaft und das Grundrecht auf Eigentum. Und zwar in Verbindung mit allen gesellschaftlichen und sozialen Verpflichtungen, die mit dem Eigentum einhergehen.

Der Landkreis Verden mit den umliegenden Gebieten ist eine der wirtschaftlich stärksten Regionen Norddeutschlands. Diese Stellung ist auszubauen. Dazu ist es wichtig, regionale Unternehmen zu fördern und ein hohes Niveau in der regionalen Infrastruktur herzustellen. Eine ausgeglichene Haushaltspolitik der Kommunen muss die nötigen Spielräume dafür schaffen.

Um eine nachhaltige soziale Entwicklung unserer Region zu ermöglichen, müssen ansässige Unternehmen an der Bildung und Ausbildung junger Menschen Teil haben.

Ein langfristiges Ziel regionaler Wirtschaftspolitik muss es sein, langfristige und gerechte Sozialpartnerschaften zwischen Menschen und Unternehmen unserer Region zu ermöglichen.

Wir stehen daher für:

- Mehr Mitarbeiterbeteiligungen.
- Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte.
- Betriebsnahe Ausbildung (duales Bildungssystem).
- Eine hohe Ausbildungsquote regionaler Unternehmen.
- Mindestlöhne für alle Branchen.
- Beschränkung der Leiharbeit.
- Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch neue Arbeitszeitmodelle und gemeinsame Betreuungsangebote für Kinder.
- Förderung von umweltschonend wirtschaftenden Unternehmen.
- Maßnahmen für mehr ökologische Land- und Forstwirtschaft.

## 5. INNERPARTEILICHE STRUKTUR UND ORGANISATION

Als Jugendorganisation möchten wir allen der Sozialdemokratie nahestehenden, unabhängig ihrer persönlichen Position, eine Basis bieten, um für jugendlichere, gerechtere und progressivere Politik einzutreten.

Wir sehen uns weder als innerparteilicher Richtungsverband, noch als Fundamentalopposition. Vielmehr stellen wir an uns den Anspruch, unsere Gedanken pragmatisch in die Politik einzubringen.

Wir lehnen Frontenbildung innerhalb in der SPD und bei den Jusos strikt ab. Unsere Politik muss problembezogen sein und sich nicht auf „Links-Rechts-Kontraste“ versteifen. Sozialdemokratische Grundwerte müssen im Vordergrund unseres Handelns stehen. Genau so müssen wir an unseren öffentlichen Aussagen und Versprechen festgehalten; sonst verlieren wir den Rückhalt in der Bevölkerung.

Wichtigster Partner für uns ist der Juso-Bezirk Nord-Niedersachsen. Hier wollen wir unsere Positionen stärker in die aktuelle Diskussion einfließen lassen, programmatische Arbeit mitgestalten und den Bezirk bei der Außendarstellung der beschlossenen Inhalte unterstützen. Nur durch eine gute Zusammenarbeit bilden wir eine starke Einheit.

Wir müssen aber auch nach vorne blicken. Ein Wegfall der künstlichen Bezirke bietet langfristig eine Chance, gemeinsam als „Niedersachsen-SPD“ aufzutreten, Strukturen der Partei zu optimieren und geschlossener auf die CDU-Regierung Druck auszuüben.

Auf Kreisebene sehen wir es als unsere Hauptaufgabe an, unsere politischen Forderungen in Diskussionen einzubringen. Wir stärken die Mandats-Kandidaten der Kreis-SPD mit unserer zugesicherten Unterstützung. Durch unsere Kontakte zu Jugendlichen im ganzen Landkreis wollen wir uns im Hinblick auf die bevorstehenden Europa- und Bundestagswahlkämpfe einbringen.